

KINDERGARTEN: Mindeststandards gefragt

12.02.2008 | 18:41 | CLAUDIA DANNHAUSER (Die Presse)

Brinek: Gleiche Qualität und längere Öffnungszeit.

WIEN. In der Familienpolitik gehen die ÖAAB-Frauen ÖVP-intern oft eigene Wege. Gertrude Brinek prescht dieses Mal in Sachen Kinderbetreuung vor. Die ÖAAB-Frauenchefin fordert ein bundeseinheitliches Rahmengesetz für Kinderbetreuung. Dabei sollten gewisse Mindeststandards festgelegt werden, wie pädagogische Qualitäten oder Öffnungszeiten. Motto: von acht bis zwölf ist nicht genug.

Der Maßstab für die Wünsche der Öffnungszeiten sollten die Wünsche der Eltern sein. Brinek ist in jedem Fall aber strikt gegen eine Trennung von Bildungs- und Betreuungszeit. In Niederösterreich ist dies beispielsweise derzeit in den öffentlichen Kindergärten der Fall. Am Vormittag gibt's die Pädagogik – gratis. Am Nachmittag die Betreuung – kostenpflichtig. Brinek hält den Ausbau der pädagogischen Betreuung für besonders wichtig, wobei sie Ängste prophylaktisch zurückweist: „Es geht ja nicht darum, mit dem Rohrstaberl und mit Tafelkreide Vokabeln zu büffeln.“

Brinek findet es unverständlich, dass sich beispielsweise das Wiener Kindergartengesetz seitenlang mit technischen Details beschäftigt, aber nur kurz mit den pädagogischen Vorgaben. „Das ist sicher wichtiger als die Frage, ob der Fußboden aus Linoleum ist oder anders beschaffen sein soll.“ Brinek weiß, wovon sie spricht. Sie ist bei den von der ÖVP organisierten Kiwi-Kindergärten aktiv, die in Wien 40 Standorte (acht Prozent aller Kindergärten) betreiben und unter den privaten Anbietern mittlerweile auf Platz drei hinter den kirchlichen Trägern und den Kinderfreunden rangieren.

Pädagogik für Tagesmütter

In das Bundesrahmengesetz würde Brinek auch die Ausbildung der Tagesmütter einbinden, um österreichweit einheitliche Standards zu erreichen. Derzeit ist die geforderte Qualifikation sehr unterschiedlich – vom Schnellsiederkurs bis zur umfangreichen pädagogischen Ausbildung. Brinek schlägt vor, die Professionalisierung der Tagesmütter an den pädagogischen Hochschulen „als berufsbegleitende Maßnahme“ zu sehen. Die ÖAAB-Frauenchefin will nun alle anderen ÖVP-Frauen für ihr Anliegen gewinnen.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 13.02.2008)